

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT  
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage der Abgeordneten Carina Hermann, Christian Fühner und André Bock (CDU)

Antwort der Niedersächsischen Staatskanzlei namens der Landesregierung

**Verstoßen die Äußerungen der Innenministerin und der stellvertretenden Ministerpräsidentin sowie Kultusministerin gegen den Grundsatz der Chancengleichheit der Parteien (Teil 3)?**

Anfrage der Abgeordneten Carina Hermann, Christian Fühner und André Bock (CDU), eingegangen am 17.03.2025 - Drs. 19/6817,  
an die Staatskanzlei übersandt am 19.03.2025

Antwort der Niedersächsischen Staatskanzlei namens der Landesregierung vom 14.04.2025

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

In der Antwort der Landesregierung auf unsere Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung „Verstoßen die Äußerungen der Innenministerin und der stellvertretenden Ministerpräsidentin sowie Kultusministerin gegen den Grundsatz der Chancengleichheit der Parteien? (Teil 2)“ in der Drs. 19/6652 wird zu Frage 3 „Sind der Landesregierung weitere Fälle von parteiergreifenden Äußerungen bezüglich politischer Parteien von Regierungsmitgliedern bekannt, die von den Pressestellen der Staatskanzlei und/oder der Ministerien im Laufe der 19. Wahlperiode verbreitet worden sind (auch Social Media Auftritte, die von der Staatskanzlei oder den Ministerien betrieben werden) (Antwort bitte nach Ressorts auflisten)?“ ausgeführt, dass entsprechende weitere Fälle im Ministerium für Inneres und Sport, im Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung, im Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz, im Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, im Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung, im Kultusministerium sowie im Ministerium für Wissenschaft und Kultur vorlägen. In der Antwort zu Frage 2 der Drs. 19/6652 wird ausgeführt, dass die Staatskanzlei im Vorfeld von Wahlen Schulungsangebote für Vertreterinnen und Vertreter der Pressestellen der Ressorts durchgeführt habe. Dies solle auch zukünftig so beibehalten werden.

- 1. Um welche Fälle parteiergreifender Äußerungen bezüglich politischer Parteien von Regierungsmitgliedern handelt es sich dabei konkret (Antwort zu Frage 3 der Drs. 19/6652)? Bitte nach Ressort, Art des Falles, Datum, Veröffentlichungsform, damit befasster Organisationseinheit und personellem Ressourceneinsatz auflisten.**

Siehe **anliegende Tabelle**.

- 2. Bei welchen dieser Fälle ist die Landesregierung der Auffassung, dass die Zulässigkeit von amtsbezogener Öffentlichkeitsarbeit verletzt worden ist und weshalb? Sofern die Landesregierung die Grenze der Zulässigkeit nicht als erreicht ansieht, bitte ebenfalls mit Begründung.**

Die chancengleiche Beteiligung an der politischen Willensbildung des Volkes macht es erforderlich, dass Staatsorgane im politischen Wettbewerb der Parteien Neutralität wahren. Demgemäß wird das Recht, gleichberechtigt am Prozess der Meinungs- und Willensbildung teilzunehmen, regelmäßig verletzt, wenn Staatsorgane als solche zugunsten oder zulasten einer politischen Partei oder von Wahlbewerbern auf den Wahlkampf einwirken (vgl. BVerfGE 148, 11 [25] Rn. 44 f).

Minister sind demgegenüber grundsätzlich nicht daran gehindert, im Rahmen von Öffentlichkeitsarbeit politische Positionen der Regierung oder Ressorts zu vertreten, über politische Vorhaben und

Maßnahmen zu informieren sowie unter Beachtung des Sachlichkeitsgebots Angriffe und Vorwürfe zurückzuweisen. Das Verantworten gegenüber dem Parlament und das Führen der politischen Sachdebatte sind daher auch bei Geltung des Neutralitätsgrundsatzes nicht infrage gestellt.

Bei der Bewertung ob eine Äußerung noch eine zulässige Öffentlichkeitsarbeit oder schon eine Neutralitätspflichtverletzung darstellt ist ein gleitender Maßstab anzulegen. Umso größer der Sachbezug einer Äußerung ist und umso weniger auf Parteien oder die Wahl ausdrücklich hingewiesen wird, desto geringer ist die Neutralitätspflicht. Demgegenüber kann festgehalten werden, dass, je näher eine Äußerung in zeitlichem oder räumlichem Zusammenhang zu einer Wahl steht, desto höher die Pflicht ist, die Chancengleichheit der Parteien zu berücksichtigen.

Für die Bewertung der einzelnen Aussagen siehe anliegende Tabelle.

**3. Bei welchen dieser Fälle hat die Staatskanzlei die Ressorts um eine strikere Überprüfung der Zulässigkeit von amtsbezogener Öffentlichkeitsarbeit gebeten?**

Keinem.

**4. Die Vertreterinnen und Vertreter welcher Ressorts haben an den von der Staatskanzlei im Vorfeld von Wahlen durchgeführten Schulungsmaßnahmen teilgenommen (Antwort zu Frage 2 der Drs. 19/6652)? Bitte nach Wahlen, Schulungsmaßnahmen, Teilnehmerkreis und Datum auflisten.**

Anlassgebende Wahl	Termin der Infoveranstaltung	Teilnehmende (Ressort, Organisationseinheit, Funktion)
Europawahl 2024	14.03.2024	Mindestens eine Sprecherin oder ein Sprecher pro Ressort.
Bundestagswahl 2025	13.11.2024	Außer dem MF haben alle Ressorts mit mindestens einer Sprecherin oder einem Sprecher teilgenommen.

Im Nachgang zu den Infoveranstaltungen werden von der Presse- und Informationsstelle der Landesregierung jeweils Hinweise zur verfassungsrechtlichen Zulässigkeit von Öffentlichkeitsarbeit in Wahlkampfzeiten im Zusammenhang mit der jeweiligen Wahl an die Ressorts verschickt.

**5. Welche Staatssekretärinnen und Staatssekretäre haben die in Rede stehenden Pressemitteilungen mit parteiergreifenden Äußerungen vor deren Veröffentlichung autorisiert?**

Siehe anliegende Tabelle (Spalte: Autorisierung d. StS/StSin).

Anlage zur Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 19/6817 zu parteiergreifenden Äußerungen von Mitgliedern der Nds. Landesregierung

Ressort	Organisationseinheit	Datum	Pressemitteilung	Social Media Beitrag	Autorisierung d. StS/StSin	Wortlaut der Äußerung	Angabe des geschätzten personellen Ressourceneinsatz in Personenstunden	Anmerkung	Verstoß gegen Neutralitätspflicht
MU	Pressestelle	21.11.24	PI 114/2024		Nein	"Aussagen des CDU-Kanzlerkandidaten Friedrich Merz, Windräder seien „hässlich“ und müssten wieder abgerissen werden, schüren Investitionsunsicherheit in der Branche."	1,0	Die Äußerungen von Friedrich Merz zu „hässlichen Windrädern“ waren auch Gegenstand der betr. öffentlichen Veranstaltung des LEE mit Reden und Podiumsdiskussion durch Vertreterinnen und Vertreter der Landtagsfraktionen CDU, SPD und Grüne, zu der die Pressemitteilung und das Video gehören.	Nach Auffassung der Landesregierung liegt kein Verstoß gegen die Neutralitätspflicht vor. Zwar erfolgt die Äußerung im zeitlichen Zusammenhang zu einer Wahl und nimmt indirekt hierauf auch Bezug. Dennoch ist durch die Aussage die Neutralitätspflicht weiterhin gewahrt, da der sachliche Bezug und die Informationsfunktion der Öffentlichkeit im Einzelfall überwiegen. Es besteht ein enger sachlicher Zusammenhang des Ressorts zum Themenfeld der Äußerung. Durch die Aussage findet keine unzulässige Bewertung der in Bezug genommenen Aussage statt. Vielmehr wird lediglich auf eine objektive Folge der Aussage für die Wirtschaft und für Niedersachsen hingewiesen.
MU	Pressestelle	21.11.2024		Instagram	Nein	Textausschnitt aus Video (gesprochenes Wort): "Es geht darum die Bedingungen für die Branche zu stützen und zu stärken! Es darf jetzt bei der Bundestagswahl nicht zu einer neuen Investitionsbremse kommen oder einer Rückkehr. Äußerungen von Herrn Merz als Kanzlerkandidat der CDU. Er findet Windräder hässlich und will sie abreißen. Das sorgt für massive Verunsicherung! Deshalb plädieren wir dafür auch als Landesregierung, dass es einen Konsenz der demokratischen Parteien gibt, die Klimaziele nicht in Frage zu stellen, sondern auf dem Kurs zu Erneuerbaren Energien die günstig, die schonen, dass wir diesen Kurs fortsetzen."	0,5		Nach Auffassung der Landesregierung liegt kein Verstoß gegen die Neutralitätspflicht vor. Zwar erfolgt die Äußerung im zeitlichen Zusammenhang zu einer Wahl und nimmt indirekt hierauf auch Bezug. Dennoch ist durch die Aussage die Neutralitätspflicht weiterhin gewahrt, da der sachliche Bezug und die Informationsfunktion der Öffentlichkeit im Einzelfall überwiegen. Es besteht ein enger sachlicher Zusammenhang des Ressorts zum Themenfeld der Äußerung. Durch die Aussage findet keine unzulässige Bewertung der in Bezug genommenen Aussage statt. Vielmehr wird lediglich auf eine objektive Folge der Aussage für die Wirtschaft und für Niedersachsen hingewiesen.

Anlage zur Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 19/6817 zu parteiergreifenden Äußerungen von Mitgliedern der Nds. Landesregierung

Ressort	Organisationseinheit	Datum	Pressemitteilung	Social Media Beitrag	Autorisierung d. StS/StSin	Wortlaut der Äußerung	Angabe des geschätzten personellen Ressourceneinsatz in Personenstunden	Anmerkung	Verstoß gegen Neutralitätspflicht
MU	Pressestelle	01.12.2023	PI 117/2023		Nein	<p>„Niedersachsen setzt sich seit langem für pragmatische, einfache und schnellere Entnahmen von Wölfen in Regionen mit hohen Nutztierschäden trotz bestehendem Herdenschutz ein. Ich bin sehr erleichtert und froh, dass meine Kolleginnen und Kollegen von CDU, SPD und Grünen sich einstimmig für das von Niedersachsen befürwortete neue Modell zur Abwehr erheblicher Schäden an Weidetieren ausgesprochen haben.“</p> <p>Auf Wunsch Niedersachsens und Mecklenburg-Vorpommerns hatten sowohl die EU-Kommission als auch der Bund die Rechtsicherheit der Neuregelung und Vereinbarkeit mit der FFH-Richtlinie schriftlich bestätigt. Auch CDU- und von Freien Wählern geführte Ministerien stimmten dem Beschluss zu. Minister Meyer: „Niedersachsen hat sich seit langem beim Bund für einfachere Entnahmen in Regionen mit hohen Nutztierrißen trotz Herdenschutzes eingesetzt. Herdenschutzmaßnahmen bleiben entscheidend für ein möglichst konfliktfreies Miteinander von Weidetierhaltung und Wolf.“</p>	1,0	Die Pressemitteilung war zu den Ergebnissen der Umweltministerkonferenz und Minister Meyer lobte das positive Abstimmungsverhalten der Minister*innen aus dem A und B-Lager.	Nach Auffassung der Landesregierung liegt kein Verstoß gegen die Neutralitätspflicht vor. Die Aussage erfolgte außerhalb von Wahlkampfzeiten und steht in einem engen sachlichen Zusammenhang zum Ressort. Durch die Aussage wird die Arbeit der Landesregierung bzw. des Ressorts der Öffentlichkeit vorgestellt und erklärt.
MU	Pressestelle	01.12.2023		Instagram	Nein	<p>„Ich bin sehr erleichtert und froh, dass meine Kolleginnen und Kollegen von CDU, SPD und Grünen sich einstimmig für das von Niedersachsen befürwortete neue Modell zur Abwehr erheblicher Schäden an Weidetieren ausgesprochen haben. Niedersachsen setzt sich seit langem für pragmatische, einfache und schnelle Entnahmen von Wölfen in Regionen mit hohen Nutztierschäden trotz bestehendem Herdenschutz ein.“</p>	0,5		Nach Auffassung der Landesregierung liegt kein Verstoß gegen die Neutralitätspflicht vor. Die Aussage erfolgte außerhalb von Wahlkampfzeiten und steht in einem engen sachlichen Zusammenhang zum Ressort. Durch die Aussage wird die Arbeit der Landesregierung bzw. des Ressorts der Öffentlichkeit vorgestellt und erklärt.
MK	Pressestelle	21.05.2024	x	Nein	Nein	<p>Statement zum AfD-Infoportal: Mit dem Infoportal zeigt die AfD, dass sie vermeintlich dazugelernt hat. Anders als beim Meldeportal 2018 ruft die Partei nun nicht aktiv zum Melden und Denunzieren von Lehrkräften auf. Dennoch handelt es sich hierbei um eine Reaktivierung eben dieses Meldeportals, die Intention und das Ziel bleiben somit gleich, auch wenn es anscheinend nur um Aufklärung von Schülerinnen und Schülern geht. Zugleich will die AfD wieder mal den Eindruck erwecken, dass in den Klassenzimmern ein Klima der Angst und der Indoktrinierung herrscht. Das weise ich entschieden zurück.</p> <p><a href="https://www.mk.niedersachsen.de/startseite/ministerin/reden_und_beitrage_von_julia_willie_hamburg/statement_zum_start_des_afd_infoportals_neutrale_lehrkraft_am_21_05_2024/statement-zum-start-des-afd-infoportals-neutrale-lehrkraft-232271.html">https://www.mk.niedersachsen.de/startseite/ministerin/reden_und_beitrage_von_julia_willie_hamburg/statement_zum_start_des_afd_infoportals_neutrale_lehrkraft_am_21_05_2024/statement-zum-start-des-afd-infoportals-neutrale-lehrkraft-232271.html</a></p>	maximal 1 Stunde		Nach Auffassung der Landesregierung liegt kein Verstoß gegen die Neutralitätspflicht vor. Die Aussage erfolgte außerhalb von Wahlkampfzeiten und steht in einem engen sachlichen Zusammenhang zum Ressort. Mit der Aussage wird Stellung genommen zu einer aktuellen Entwicklung eines politischen Mitbewerbers, welche Auswirkungen auf den Geschäftsbereich des Ressorts hat.

Anlage zur Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 19/6817 zu parteiergreifenden Äußerungen von Mitgliedern der Nds. Landesregierung

Ressort	Organisationseinheit	Datum	Pressemitteilung	Social Media Beitrag	Autorisierung d. StS/StSin	Wortlaut der Äußerung	Angabe des geschätzten personellen Ressourceneinsatz in Personenstunden	Anmerkung	Verstoß gegen Neutralitätspflicht
MI	L2 - Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	06.12.2024	x		nein	"Bedauerlicherweise haben wir bei dieser Konferenz zu vielen wichtigen Vorschlägen keine Einstimmigkeit erzielen können. Meine Amtskolleginnen und -kollegen aus den unionsgeführten Ländern sind offenbar für die zunehmenden Gefahren durch „Hybride Bedrohungen“ immer noch nicht ausreichend sensibilisiert. Und auch im Bereich der Migration geht es einigen Beteiligten offenbar mehr um Symbolpolitik als darum, wirklich voranzukommen. Der aufziehende Bundestagswahlkampf hat an dieser Stelle bei einigen sicher nicht zu einer konstruktiven Gesprächshaltung beigetragen, was ich sehr bedauere."	4 Personenstunden für die gesamte Pressemitteilung zur IMK	Aktuelle Sicherheitslage und Migration Schwerpunkte der Herbstsitzung der Innenministerkonferenz in Rheinsberg	Nach Auffassung der Landesregierung liegt kein Verstoß gegen die Neutralitätspflicht vor. Die Aussage erfolgte außerhalb von Wahlkampfzeiten und steht in einem engen sachlichen Zusammenhang zum Ressort. Durch die Aussage wird die Arbeit der Landesregierung bzw. des Ressorts der Öffentlichkeit vorgestellt und erklärt.
MI	L2 - Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	26.06.2024	x		nein	"Leider ist es uns nicht gelungen, insbesondere die unionsgeführten Länder davon zu überzeugen, dass der Irak für jesidische Frauen und Kinder nach wie vor alles andere als ein sicherer Ort ist und ihnen dort schlimme Schicksale, schwerste Gewalt und Verschleppung drohen."	4 Personenstunden für die gesamte Pressemitteilung zur IMK	Beschlüsse der Innenministerkonferenz in Potsdam: Schwerpunkte im Bereich Migration und Kampf gegen Verfassungsfeinde	Nach Auffassung der Landesregierung liegt kein Verstoß gegen die Neutralitätspflicht vor. Die Aussage erfolgte außerhalb von Wahlkampfzeiten und steht in einem engen sachlichen Zusammenhang zum Ressort. Durch die Aussage wird die Arbeit der Landesregierung bzw. des Ressorts der Öffentlichkeit vorgestellt und erklärt.
MI	L2 - Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	13.06.2024	x		nein	„Die Entwicklung der AfD muss uns mit großer Sorge erfüllen. Dazu trägt insbesondere bei, dass deren Mitglieder auch in Niedersachsen zunehmend öffentlich deutlich wahrnehmbar einer Spaltung der Gesellschaft arbeiten und gezielt Ressentiments schüren. Ziel der AfD ist es, aus der damit erzeugten Verunsicherung und forcierten Ausgrenzung politisch Kapital zu schlagen. Diesen völkisch nationalistischen, fremdenfeindlichen Bestrebungen müssen wir mit allen Mitteln unseres Rechtsstaates entgegentreten, um unsere Demokratie zu schützen. Dazu gehört die nun verlängerte Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz.“ "So verbreiten Angehörige der AfD und der Reichsbürger-Szene diese falschen Narrative hier bei uns weiter und unterstützen dadurch Putins hybriden Krieg.“	4 Personenstunden für die gesamte Pressemitteilung zum VS-Bericht 2023	Niedersächsischer Verfassungsschutzbericht 2023	Nach Auffassung der Landesregierung liegt kein Verstoß gegen die Neutralitätspflicht vor. Die Aussage erfolgte außerhalb von Wahlkampfzeiten und steht in einem engen sachlichen Zusammenhang zum Ressort. Durch die Aussage wird die Arbeit der Landesregierung bzw. des Ressorts der Öffentlichkeit vorgestellt und erklärt.
MI	L2 - Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	07.05.2024	x		nein	„Die zu beobachtende Entwicklung der AfD erfüllt mehr und mehr Menschen mit großer Sorge. Immer deutlicher wird erkennbar, dass ihre Mitglieder auch in Niedersachsen an einer Spaltung der Gesellschaft arbeiten, gezielt Ressentiments schüren und aus der so erzeugten Verunsicherung und Ausgrenzung politisches Kapital schlagen wollen. Das öffentlich gemäßigte Auftreten ist eine Fassade, hinter der das fremdenfeindlich völkisch-nationalistische Gedankengerüst zum Vorschein kommt.“ "Die AfD ist eine Gefahr für unsere Demokratie, für die Vielfalt in unserem Land und für das gesellschaftliche Miteinander. Eine Beobachtung ist absolut notwendig.“	1 Personenstunden	Statement von Innenministerin Behrens zur Fortsetzung der Beobachtung des niedersächsischen Landesverbandes der AfD	Nach Auffassung der Landesregierung liegt kein Verstoß gegen die Neutralitätspflicht vor. Die Aussage estehet in einem engen sachlichen Zusammenhang zum Ressort und erfolgte anlässlich bzw. begleitet zu einer originären Aufgabe des Ressorts. Durch die Aussage wird die Arbeit der Landesregierung bzw. des Ressorts der Öffentlichkeit vorgestellt und erklärt.

Anlage zur Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 19/6817 zu parteiergreifenden Äußerungen von Mitgliedern der Nds. Landesregierung

Ressort	Organisationseinheit	Datum	Pressemitteilung	Social Media Beitrag	Autorisierung d. StS/StSin	Wortlaut der Äußerung	Angabe des geschätzten personellen Ressourceneinsatz in Personenstunden	Anmerkung	Verstoß gegen Neutralitätspflicht
MI	L2 - Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	07.05.2024		Instagram	nein	"Die Neuigkeit heute ist, dass die AfD für weitere zwei Jahre als Verdachtsfall durch den Verfassungsschutz einsortiert worden ist. Die AfD ist verdächtig, gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu sein, sie ist verdächtig, gegen unsere Demokratie zu sein und sie ist verdächtig, die Werte unseres Grundgesetzes nicht mitzutragen. Und deswegen ist sie ein Verdachtsfall für den Verfassungsschutz."	4 Personenstunden für das gesamte Q&A inklusive Videoschnitt	Die Ministerin antwortet in einem Q & A-Format u. a. auf die Frage, wann die AfD verboten wird.	Nach Auffassung der Landesregierung liegt kein Verstoß gegen die Neutralitätspflicht vor. Die Aussage erfolgte in einem Q & A Format und betrifft steht im engen sachlichen Zusammenhang zum Ressort und war auch in diesem Zeitraum Thema in der landesweiten Presseberichterstattung, sodass eine Stellungnahme zur Erklärung gegenüber der Öffentlichkeit angebracht war.
MI	L2 - Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	02.12.2022	x		nein	„Auf meine Initiative hin haben wir einen Abschiebestopp in den Iran beschlossen. Davon ausgenommen sind Gefährder oder Personen, die hier schwere Straftaten begangen haben. Ich hätte mir auch einen formellen Abschiebestopp gewünscht, um die klare Botschaft zu senden, dass wir die Situation im Iran sehr genau beobachten und die Gräueltaten des Mullah-Regimes gegen die eigene Bevölkerung auf das Schärfste verurteilen. Das war aber mit den Kolleginnen und Kollegen aus CDU und CSU nicht möglich.“ „Es ist schade, dass wir zu der Zentralstellenfunktion des BSI keinen gemeinsamen Beschluss mit den Unions-geführten Innenressorts erreichen konnten. Die Kolleginnen und Kollegen aus CDU und CSU sehen die Cybersicherheit offenbar eher als vor allem föderale Fragestellung an. Das wird der Bedrohung durch diese Angriffe aus uns Sicht nicht gerecht.“	4 Personenstunden für die gesamte Pressemitteilung zur IMK	Pistorius nach Abschluss der Herbst-IMK in München: „Wichtige Beschlüsse in sicherheitspolitisch anspruchsvollen Zeiten – teils hätte ich mir mehr Entgegenkommen der Unions-geführten Innenressorts gewünscht“	Nach Auffassung der Landesregierung liegt kein Verstoß gegen die Neutralitätspflicht vor. Die Aussage erfolgte außerhalb von Wahlkampfzeiten und steht in einem engen sachlichen Zusammenhang zum Ressort. Durch die Aussage wird die Arbeit der Landesregierung bzw. des Ressorts der Öffentlichkeit vorgestellt und erklärt.
MB	PS	21.09.2023	x		Nein	„Manche niedersächsische Interessenten an europäischen Programmen schrecken wegen des Aufwands inzwischen vor Bewerbungen zurück. Bei allem Respekt vor dem finanziellen Schutz des EU-Haushalts müssen wir auf Dauer eine ausgewogenere Bilanz zwischen Aufwand und Nutzen finden. Dafür habe ich mich in Brüssel eingesetzt und werde die Gespräche dort auch fortsetzen“, sagte Osigus. „Ich möchte den Finger vor Ort in die Wunde legen. Wir brauchen einen gezielten Abbau von Bürokratie. Gerade kleinere Kommunen, Träger und Unternehmen sowie ehrenamtliche Organisationen haben nicht die Kapazitäten, alle Anforderungen umzusetzen“, sagte Osigus. Das Europaministerium setze sich im engen Austausch mit der EU laufend für Vereinfachungen und den Abbau von Bürokratie ein. Auch habe Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen immer wieder Entlastung in Aussicht gestellt. Doch die Kommission benötige einen Perspektivwechsel, sagte die Europaministerin. „Wir brauchen ein Denken, welches von den Antragsstellenden ausgeht. Nur so kann die EU auf Dauer schneller und effizienter werden“, sagte Osigus.	1 Std.	Anlass: Brüsselreise der Ministerin	Nach Auffassung der Landesregierung liegt kein Verstoß gegen die Neutralitätspflicht vor. Die Aussage erfolgte außerhalb von Wahlkampfzeiten und steht in einem engen sachlichen Zusammenhang zum Ressort. Durch die Aussage wird die Arbeit der Landesregierung bzw. des Ressorts der Öffentlichkeit vorgestellt und erklärt.

Anlage zur Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 19/6817 zu parteiergreifenden Äußerungen von Mitgliedern der Nds. Landesregierung

Ressort	Organisationseinheit	Datum	Pressemitteilung	Social Media Beitrag	Autorisierung d. StS/StSin	Wortlaut der Äußerung	Angabe des geschätzten personellen Ressourceneinsatz in Personenstunden	Anmerkung	Verstoß gegen Neutralitätspflicht
MB	PS	16.10.2023		Instagram und Facebook (Beitrag)	Nein	<p>Am Sonntag haben die polnischen Bürger:innen ein neues Parlament gewählt. Die regierende PIS-Partei hat dabei voraussichtlich die absolute Mehrheit verfehlt. Ein Regierungswechsel zugunsten der liberal-konservativen und pro-europäischen Bürgerkoalition (KO) von Donald Tusk in einer Koalition mit weiteren Oppositionsparteien deutet sich an.</p> <p>Europaministerin Wiebke Osigus sieht in dem Wahlausgang ein gutes Signal für Europa und kommentiert: „Das vorläufige Ergebnis der Parlamentswahlen in Polen gibt Anlass zur Hoffnung: Die Menschen haben sich klar für Europa und Rechtsstaatlichkeit ausgesprochen. Ich hoffe daher sehr, dass die künftige Regierung in Warschau im Sinne dieser Grundsatzentscheidung der polnischen Bürgerinnen und Bürger handeln wird.“</p> <p>Das endgültige Ergebnis der Parlamentswahl wird am Dienstag erwartet.</p>	0,5 Std.	Regierungswechsel nach Parlamentswahl in Polen	Nach Auffassung der Landesregierung liegt kein Verstoß gegen die Neutralitätspflicht vor. Die Aussage erfolgte außerhalb von Wahlkampfzeiten und steht in einem engen sachlichen Zusammenhang zum Ressort. Durch die Aussage wird die Arbeit der Landesregierung bzw. des Ressorts der Öffentlichkeit vorgestellt und erklärt.
MB	PS	14.11.2023	-	Instagram und Facebook (Beitrag)	Nein	<p>Gute Nachrichten für unsere Kommunen in den ländlichen Räumen!</p> <p>SPD und Grüne haben in der gemeinsamen politischen Liste beschlossen, die erfolgreichen Programme unseres Ministeriums zur Verbesserung des ländlichen Raums weiter zu stärken.</p> <p>Der Haushaltsansatz für die Zukunftsräume und Maßnahmen zur sozialen Daseinsvorsorge wird um 2,5 Millionen Euro erhöht. Das Programm zur Kofinanzierung von EU-Fördermitteln für finanzschwache Kommunen wird um 1 Millionen Euro aufgestockt.</p> <p>„Ich freue mich, dass uns die Fraktionen von SPD und Grünen trotz angespannter Haushaltslage weiteren Rückenwind für innovative Projekte unserer Städte und Gemeinden geben. Damit können wir die regionale Entwicklung weiter stärken“, so Regionalministerin Wiebke Osigus</p>	0,5 Std.	zum Haushalt	Nach Auffassung der Landesregierung liegt kein Verstoß gegen die Neutralitätspflicht vor. Die Aussage erfolgte außerhalb von Wahlkampfzeiten und steht in einem engen sachlichen Zusammenhang zum Ressort. Durch die Aussage wird die Arbeit der Landesregierung bzw. des Ressorts der Öffentlichkeit vorgestellt und erklärt.

Anlage zur Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 19/6817 zu parteiergreifenden Äußerungen von Mitgliedern der Nds. Landesregierung

Ressort	Organisationseinheit	Datum	Pressemitteilung	Social Media Beitrag	Autorisierung d. StS/StSin	Wortlaut der Äußerung	Angabe des geschätzten personellen Ressourceneinsatz in Personenstunden	Anmerkung	Verstoß gegen Neutralitätspflicht
MB	PS	16.01.2024	x		Nein	„Hass und Hetze sind Gift für unsere Demokratie. Sie kennen in Zeiten des Internets auch leider keine nationalen Grenzen mehr. Wir müssen dieser Gefährdung unserer gemeinsamen Grundwerte europaweit entschlossen entgegenreten. Deshalb brauchen wir eine EU-weite Strafverfolgung“, sagte Osigus. Alle Mitgliedstaaten sollten dem Problem eine entsprechende Priorität beimessen, ergänzte sie. Die Ministerin fordert zudem, das Melden und Einordnen problematischer Beiträge durch vertrauenswürdige Hinweisgebende („Trusted Flagger“) auf Social-Media-Plattformen deutlich auszubauen. „Gerade junge Menschen orientieren sich stark über Online-Kanäle. Deswegen brauchen wir einen Inhalts-Check, der fragwürdige Inhalte einordnet“, sagte Osigus. [...] Osigus spricht sich überdies dafür aus, auch sexualisierte Gewalt wie Vergewaltigung europaweit einheitlich zu sanktionieren. [...] In Deutschlands Strafrecht hingegen gilt dies nur bei Handlungen „gegen den erkennbaren Willen“ („nein heißt nein“), die Definitionen in anderen Staaten gelten als noch schwächer. Deutschlands Justizminister Marco Buschmann hat Bedenken gegen eine europäische Lösung. Osigus kritisiert diese Haltung: „Sexuelle Gewalt ist ein drängendes europäisches Thema. Es darf nicht sein, dass der Schutz von Frauen innerhalb der EU vom Wohnort abhängt“, sagte Osigus.	1 Std.	Anlass: Forderung des Europäischen Rats, die Liste der EU-Straftatbestände (EU-Crimes), um Hetze und Hasskriminalität zu erweitern.	Nach Auffassung der Landesregierung liegt kein Verstoß gegen die Neutralitätspflicht vor. Die Aussage erfolgte außerhalb von Wahlkampfzeiten und steht in einem engen sachlichen Zusammenhang zum Ressort. Durch die Aussage wird die Arbeit der Landesregierung bzw. des Ressorts der Öffentlichkeit vorgestellt und erklärt.
MB	PS	22.01.2024		Instagram und Facebook (Beitrag)	Nein	Zu den Gedankenspielen von Alice Weidel zu einem Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union äußert sich Niedersachsens Europaministerin Wiebke Osigus wie folgt:  „Die Dexit-Phantasien sind ein gefährliches Spiel mit dem Feuer: Ein Ausstieg Deutschlands aus der EU würde uns allen massiv auf vielerlei Ebenen schaden.  Ein Dexit gefährdet unseren Wohlstand, unsere Sicherheit und unsere Freiheit - nicht nur in Niedersachsen, sondern in ganz Europa.  Der komplett misslungene Brexit hat bereits gezeigt, dass ein Austritt nur Verlierer kennt. Das ist auch auf den britischen Inseln angekommen: Die Mehrheit der Briten wünscht sich inzwischen eine Rückkehr in die EU. Wer den Bürgerinnen und Bürgern den Brexit ernsthaft als nachahmenswert verkaufen will, hat entweder die Folgen nicht verstanden oder nimmt billigend eine Schwächung Deutschlands in Kauf.“	0,5 Std.	zu Dexit	Nach Auffassung der Landesregierung liegt kein Verstoß gegen die Neutralitätspflicht vor. Die Aussage erfolgte außerhalb von Wahlkampfzeiten und steht in einem engen sachlichen Zusammenhang zum Ressort. Durch die Aussage wird die Arbeit der Landesregierung bzw. des Ressorts der Öffentlichkeit vorgestellt und erklärt.
MB	PS	22.01.2024	x	-	Nein	„Die Dexit-Phantasien sind ein gefährliches Spiel mit dem Feuer: Ein Ausstieg Deutschlands aus der EU würde uns allen massiv auf vielerlei Ebenen schaden. Ein Dexit gefährdet unseren Wohlstand, unsere Sicherheit und unsere Freiheit - nicht nur in Niedersachsen, sondern in ganz Europa. Der komplett misslungene Brexit hat bereits gezeigt, dass ein Austritt nur Verlierer kennt. Das ist auch auf den britischen Inseln angekommen: Die Mehrheit der Briten wünscht sich inzwischen eine Rückkehr in die EU. Wer den Bürgerinnen und Bürgern den Brexit ernsthaft als nachahmenswert verkaufen will, hat entweder die Folgen nicht verstanden oder nimmt billigend eine Schwächung Deutschlands in Kauf.“	1-2 Std.	zu Dexit	Nach Auffassung der Landesregierung liegt kein Verstoß gegen die Neutralitätspflicht vor. Die Aussage erfolgte außerhalb von Wahlkampfzeiten und steht in einem engen sachlichen Zusammenhang zum Ressort. Durch die Aussage wird die Arbeit der Landesregierung bzw. des Ressorts der Öffentlichkeit vorgestellt und erklärt.

Anlage zur Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 19/6817 zu parteiergreifenden Äußerungen von Mitgliedern der Nds. Landesregierung

Ressort	Organisationseinheit	Datum	Pressemitteilung	Social Media Beitrag	Autorisierung d. StS/StSin	Wortlaut der Äußerung	Angabe des geschätzten personellen Ressourceneinsatz in Personenstunden	Anmerkung	Verstoß gegen Neutralitätspflicht
MB	PS	15.5.2024		Instagram und Facebook (Beitrag)	Nein	<p>Ein Bekenntnis zu #Europa in der Landesverfassung!</p> <p>📄 Die niedersächsische Verfassung gibt es seit 1951, 1993 wurde die #Europäische#Union gegründet. Nach mehr als 30 Jahren wird es Zeit, das Bekenntnis zu dieser Union in die Verfassung aufzunehmen - das sieht ein Entschließungsantrag der Regierungsfractionen vor, der nun in die Ausschuss-Beratung geht.</p> <p>🗣️ Gerade vor der anstehenden #Europawahl wäre das ein klares Signal zur richtigen Zeit, das Bekenntnis zur #EU zu einem Teil unserer Verfassung zu machen. Ein Signal des Zusammenhalts, der Zuversicht und der Werteverbundenheit!</p>	0,5 Std.	zum Entschließungsantrag der Regierungsfractionen bezüglich der Aufnahme eines Bekenntnisses zur Europäischen Union in die Niedersächsische Verfassung	Nach Auffassung der Landesregierung liegt kein Verstoß gegen die Neutralitätspflicht vor. Die Aussage erfolgte in einem engen sachlichen Zusammenhang zur Tätigkeit des Ressorts. Durch die Aussage wird die Arbeit der Landesregierung bzw. des Ressorts der Öffentlichkeit vorgestellt und erklärt. Sie wird dabei in einen historischen und aktuellen Kontext gesetzt.
MB	PS	18.07.2024		Instagram (Beitrag)	Nein	<p>"Ursula von der Leyen hat in den letzten krisengeprägten Jahren große Führungsstärke bewiesen. Deshalb bin ich zuversichtlich, dass sie auch in ihrer neuen Amtszeit wichtige Impulse setzen wird." Das Europäische Parlament hat gewählt: Ursula von der Leyen bleibt für fünf weitere Jahre Kommissionspräsidentin.</p> <p>Die Wahl begrüße ich sehr, denn für ein starkes Europa brauchen wir Stabilität und verlässliche Führung.</p>	0,5 Std.	Wiederwahl von Ursula von der Leyen als Kommissionspräsidentin	Nach Auffassung der Landesregierung liegt kein Verstoß gegen die Neutralitätspflicht vor. Die Aussage erfolgte außerhalb von Wahlkampfzeiten und steht in einem engen sachlichen Zusammenhang zum Ressort. Die Aussage bezieht zu einem Ereignis Stellung, dass nicht unerhebliche Auswirkungen auf den Geschäftsbereich des Ressorts hat.
MB	PS	30.08.2024		Instagram und Facebook (Beitrag)	Nein	<p>"Regionale Versorgungszentren sind der Kitt für unsere ländlichen Räume. Ich bin froh, dass sich die Koalitionsfraktionen die verlässliche Finanzierung zum Ausbau und Weiterentwickeln der Regionalen Versorgungszentren auf die Fahnen geschrieben haben." Am zweiten Tag des August Plenums im @landtag_nds ging es auch um unsere Regionalen Versorgungszentren.</p> <p>🏠 Sie sind der Kitt für unsere ländlichen Räume und kombinieren unterschiedliche Angebote der Daseinsvorsorge mit der hausärztlichen Versorgung eines Medizinischen Versorgungszentrums an einem gut erreichbaren Ort.</p> <p>👩‍⚕️ Die Palette reicht zum Beispiel von einer Hebammenpraxis bis zu einer Tagespflege für Seniorinnen und Senioren, Beratungsangeboten, haushaltsnahe Dienstleistungen, einer Apotheke, Räumen für Vereine oder auch ein Café als Treffpunkt zum Austausch.</p> <p>🛡️ Vor dem Hintergrund einen drohenden hausärztlichen Unterversorgung können die Regionalen Versorgungszentren einen entscheidenden Beitrag zur zukunftsicheren Versorgung gerade in ländlichen Regionen bieten. Fünf Regionale Versorgungszentren gibt es bereits, Nummer sechs steht in den Startlöchern. Interesse und Bedarf sind ungebrochen hoch.</p>	0,5 Std.	Landtagsrede zu den Regionalen Versorgungszentren im August-Plenum	Nach Auffassung der Landesregierung liegt kein Verstoß gegen die Neutralitätspflicht vor. Die Aussage erfolgte außerhalb von Wahlkampfzeiten und steht in einem engen sachlichen Zusammenhang zum Ressort. Durch die Aussage wird die Arbeit der Landesregierung bzw. des Ressorts der Öffentlichkeit vorgestellt und erklärt.

Anlage zur Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 19/6817 zu parteiergreifenden Äußerungen von Mitgliedern der Nds. Landesregierung

Ressort	Organisationseinheit	Datum	Pressemitteilung	Social Media Beitrag	Autorisierung d. StS/StSin	Wortlaut der Äußerung	Angabe des geschätzten personellen Ressourceneinsatz in Personenstunden	Anmerkung	Verstoß gegen Neutralitätspflicht
ML	Pressestelle, Büro der Ministerin, Ministerin	15.01.2025	x		nein	Dazu sagt Niedersachsens Landwirtschaftsministerin Miriam Staudte: „Es ist unverantwortlich, dass die CDU aus den Verhandlungen ausgestiegen ist und damit der Ansatz der Verursachergerechtigkeit im Düngegesetz in weite Ferne rückt. Es lag ein guter Kompromissvorschlag aus Mecklenburg-Vorpommern auf dem Tisch, inklusive einer Aufhebung der aktuellen Stromstoffbilanz. Doch statt weiterzuverhandeln, hat die CDU sich entschieden, bereits in den Vorgesprächen auszusteigen. Hier werden offensichtlich Parteiinteressen klar vor Sachpolitik geschoben, an einer Lösung ist man offenbar gar nicht interessiert. Das ist bitter, denn die Blockade einer Novellierung des Düngegesetzes schadet langfristig unseren Landwirtinnen und Landwirten – im schlimmsten Fall droht ein neues EU-Klageverfahren.“	1,0	PI-008-25 Statement von Landwirtschaftsministerin Miriam Staudte zum Scheitern der Verhandlungen zum Düngegesetz; Versandzeitpunkt der PI: 15.01.2025 Veröffentlichung: Print- und Onlinemedien	Nach Auffassung der Landesregierung liegt kein Verstoß gegen die Neutralitätspflicht vor. Die Aussage erfolgte außerhalb von Wahlkampfzeiten und steht in einem engen sachlichen Zusammenhang zum Ressort. Durch die Aussage wird die Arbeit der Landesregierung bzw. des Ressorts der Öffentlichkeit vorgestellt und erklärt.
MWK	Pressestelle / Minister	12.11.2024		Instagram	Nein	Die Kultur schafft öffentliche Debattenräume – und die Demokratie braucht diese Debatten. Kultur und demokratische Bildung sind keine Nice-to-haves, sondern Eckpfeiler einer guten und freiheitlichen Zukunft unseres Landes. Ich freue mich sehr, dass die Landtagsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei ihren Haushaltsberatungen hierzu ein kraftvolles Bekenntnis abgegeben haben. Ihre Beschlüsse leisten eine wertvollen Beitrag zur Stärkung der Kultur und Erwachsenenbildung in Niedersachsen.	0,5	Posting im Kontext zu Haushaltsberatungen für Haushalt 2025	Nach Auffassung der Landesregierung liegt kein Verstoß gegen die Neutralitätspflicht vor. Die Aussage erfolgte in einem engen sachlichen Zusammenhang zum Ressort und aus einem aktuellen Anlass. Durch die Aussage wird die Arbeit der Landesregierung bzw. des Ressorts der Öffentlichkeit vorgestellt und erklärt.
MWK	Pressestelle / Minister	12.11.2024	x		Nein	„Die Kultur schafft öffentliche Debattenräume – und die Demokratie braucht diese Debatten. Kultur und demokratische Bildung sind keine Nice-to-haves, sondern Eckpfeiler einer guten und freiheitlichen Zukunft unseres Landes“, erklärt Falko Mohrs, niedersächsischer Minister für Wissenschaft und Kultur. „Ich freue mich sehr, dass die Landtagsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei ihren Haushaltsberatungen hierzu ein kraftvolles Bekenntnis abgegeben haben. Ihre Beschlüsse leisten einen wertvollen Beitrag zur Stärkung der Kultur und Erwachsenenbildung in Niedersachsen.“	4,0	PM im Kontext zu Haushaltsberatungen für Haushalt 2025	Nach Auffassung der Landesregierung liegt kein Verstoß gegen die Neutralitätspflicht vor. Die Aussage erfolgte in einem engen sachlichen Zusammenhang zum Ressort und aus einem aktuellen Anlass. Durch die Aussage wird die Arbeit der Landesregierung bzw. des Ressorts der Öffentlichkeit vorgestellt und erklärt.

Anlage zur Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 19/6817 zu parteiergreifenden Äußerungen von Mitgliedern der Nds. Landesregierung

Ressort	Organisationseinheit	Datum	Pressemitteilung	Social Media Beitrag	Autorisierung d. StS/StSin	Wortlaut der Äußerung	Angabe des geschätzten personellen Ressourceneinsatz in Personenstunden	Anmerkung	Verstoß gegen Neutralitätspflicht
MWK	Pressestelle / Minister	14.11.2023	X		Nein	„Ich freue mich sehr, wie sich die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Rahmen der parlamentarischen Beratung für weitere wichtige Themen im Bereich der Wissenschaft und Kultur, die in der Fläche des Landes Niedersachsen von Bedeutung sind, eingesetzt haben. Das Ergebnis der Haushaltsberatungen stärkt den Wissenschaftsstandort Niedersachsen und unsere Kulturlandschaft gleichermaßen“, so Niedersachsens Minister für Wissenschaft und Kultur Falko Mohrs. „Als Koalition haben wir uns zum Beispiel vorgenommen, im Sinne einer starken Universitätsmedizin und einer vielfältigen Kultur im Flächenland Niedersachsen die dafür nötige finanzielle Grundlage zu sichern. Dass es in der angespannten Haushaltssituation gelungen ist, sowohl die European Medical School in Oldenburg als auch wichtige kulturelle Einrichtungen zusätzlich zu unterstützen, freut mich sehr. Mein Dank gilt insbesondere den wissenschafts- und kulturpolitischen Sprecherinnen Silke Lesemann (SPD) und Eva Viehoff (B90/Die Grünen).“	4,0	PM im Kontext zu Haushaltsberatungen für Haushalt 2024	Nach Auffassung der Landesregierung liegt kein Verstoß gegen die Neutralitätspflicht vor. Die Aussage erfolgte außerhalb von Wahlkampfzeiten und steht in einem engen sachlichen Zusammenhang zum Ressort. Durch die Aussage wird die Arbeit der Landesregierung bzw. des Ressorts der Öffentlichkeit vorgestellt und erklärt.
MS	Referat 02 - Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	20.06.2023	x		Nein	"Die Pläne der CDU-Landtagsfraktion, Krankenhäuser über Bürgschaften der NBank unter die Arme zu greifen, hält Philippi hingegen für unwirksam."	1-2 Personenstunden	Pl: 2,5 Milliarden für kurzfristige Stabilisierung der Krankenhäuser - Gesundheitsminister Philippi fordert schnelle und direkte Auszahlung der Energiehilfen	Nach Auffassung der Landesregierung liegt kein Verstoß gegen die Neutralitätspflicht vor. Die Aussage erfolgte außerhalb von Wahlkampfzeiten und steht in einem engen sachlichen Zusammenhang zum Ressort. Durch die Aussage wird die Arbeit der Landesregierung bzw. des Ressorts der Öffentlichkeit vorgestellt und erklärt.
MS	Referat 02 - Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	27.01.2025			Nein	Aussagen in der HAZ: "Nach der unvorstellbar grausamen Gewalttat von Aschaffenburg hat Friedrich Merz in Windeseile die ohnehin bröckelige Brandmauer zur AfD endgültig eingerissen. Dieser Kurswechsel beschädigt die persönliche Glaubwürdigkeit des CDU-Kanzlerkandidaten" / In der Diskussion fordert Integrationsminister Philippi Niedersachsens CDU-Landeschef Sebastian Lechner auf, sich von Merz' Kurs zu distanzieren. „Er muss klar und eindeutig die Frage beantworten, ob die Brandmauer der niedersächsischen CDU noch steht“	1-2 Personenstunden	HAZ-Artikel "Kritik an Merz' Kurswechsel"	Der Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung bedauert den Verstoß gegen die Neutralitätspflicht. Er entschuldigt sich für die Schärfe seiner Einlassung zu Lasten des CDU-Kanzlerkandidaten. Ziel war aufzuzeigen, dass die der Äußerung zugrundeliegende Sachentscheidung mutmaßlich negative Auswirkungen auf das im Zuständigkeitsbereich liegende Themenfeld Integration haben wird. Gleichwohl hätte dieses Ziel auch abstrakt und ohne explizite Nennung von Partei und Funktion erreicht werden können.